

Ressort: Politik

Maas: Europa darf willkürliche Verfolgung nicht zulassen

Berlin, 20.08.2017, 15:30 Uhr

GDN - Die Bundesregierung hat mit scharfer Kritik auf die Festnahme des türkischstämmigen Schriftstellers Dogan Akhanli und die Anschuldigungen des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan gegen deutsche Parteien und Politiker reagiert. "Das rechtsstaatliche Europa darf nicht zulassen, dass jeder Kritiker des türkischen Regimes der willkürlichen Verfolgung ausgesetzt ist", sagte Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) der "Bild" (Montagsausgabe).

Mit Blick auf die Aufforderung Erdogans, bei der Bundestagswahl CDU/CSU, SPD und Grüne zu boykottieren, fügte Maas hinzu: "Die türkischstämmigen Wählerinnen und Wähler können sehr gut alleine entscheiden, wen sie wählen. Demokratie heißt, die freie Wahl zu haben. Herr Erdogan hat einmal mehr offenbart, wie groß seine Probleme mit Demokratie und Rechtsstaat sind." Außenminister Sigmar Gabriel (SPD), der am Wochenende auch persönlich zur Zielscheibe von Angriffen Erdogans geworden war, sagte der Zeitung: "Ich liebe die Türkei und die Türken. Daran kann selbst Herr Erdogan nichts ändern."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-93534/maas-europa-darf-willkuerliche-verfolgung-nicht-zulassen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com